



PRESSEMITTEILUNG

Trauer nach tödlicher Messerattacke auf der 650-Jahr-Feier in Solingen und klare Verurteilung von Hetzern und Spaltern

Frankfurt am Main, 25. August 2024

Die BIG Partei ist zutiefst erschüttert und trauert um die Opfer der grausamen Messerattacke, die sich am vergangenen Freitag während der 650-Jahr-Feier der Stadt Solingen ereignet hat.

In diesen schweren Stunden sind unsere Gedanken und unser Mitgefühl bei den Familien und Freunden der Opfer sowie bei allen Verletzten und denjenigen, die diesen furchtbaren Vorfall miterleben mussten.

Diese schreckliche Tat ist ein weiteres schockierendes Beispiel für die sinnlose Gewalt, die unsere Gesellschaft erschüttert. Die BIG Partei fordert eine lückenlose Aufklärung und eine konsequente Bestrafung des Täters.

Verurteilung von Hetze und falscher Darstellung des Islam

Wir verurteilen die verzerrte Darstellung des Islam durch Begriffe wie „islamistischer Terror“, die von Medien und etablierten Parteien verbreitet werden. Schließlich werden die Morde in Christchurch und Hanau auch nicht als „christliche Terrorakte“ bezeichnet, oder die Attentäter von Mölln, Solingen und die NSU-Mörder als „deutsche Terroristen“ klassifiziert.

Terroristen haben keine Nation oder Religion, sondern sind schlichtweg Mörder.

Der Islam steht für Frieden. Nur weil sich eine Terrororganisation den Namen „Islamischen Staat“ vergibt, bedeutet das noch lange nicht, dass sie die Vorgaben des Islam einhält.

Aufruf zu einer Allianz für Gerechtigkeit und Frieden

Wir brauchen in Deutschland eine starke Allianz die sich klar gegen die Spaltung der Gesellschaft stellt und für Gerechtigkeit und Frieden einsetzt.

Wenn Medien über die Gründe der Radikalisierung von Attentätern berichten, werden oft Tatsachen verdreht bzw. in einen falschen Kontext gesetzt. So jetzt auch in Solingen. In vielen Berichten heißt es, dass der Attentäter von Solingen „angeblich Muslime in Palästina und anderswo rächen“ wollte.

Diese Darstellung verharmlost den Massenmord an über 50.000 Zivilisten in Palästina und verschiebt die Verantwortung auf den „westlichen Lebensstil“. Das ist perfide und inakzeptabel.

Es muss klar sein: Nichts rechtfertigt eine Ungerechtigkeit mit einer anderen. Jede Ungerechtigkeit ist zu verurteilen und rechtlich zu verfolgen.

Kritik an der Bundesregierung und ihren Maßnahmen

Die von der etablierten Politik und den Mainstream-Medien geschürte Meinungsmache gegen Muslime in Deutschland nimmt in den letzten Jahren stark zu.

Zu nennen ist zuletzt das Vorgehen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die am 24. Juli 2024 das „Islamische Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH) und zahlreiche angeschlossene Moscheen verboten hat. Anstatt gezielt gegen verdächtige Personen vorzugehen, wurden pauschal ganze religiöse Einrichtungen geschlossen und deren Vermögenswerte beschlagnahmt. Ein solches Vorgehen ist unverhältnismäßig und nicht mit den Prinzipien eines Rechtsstaates vereinbar.

Wir fordern eine harte Bestrafung nach rechtsstaatlichen Grundsätzen aller Personen, die die zivile Ordnung in Deutschland gefährden. Das umfasst alle Personen: „Attentäter“ und „inländische Verbrecher“, die Volksverhetzung, Spaltung und Kriegstreiberei betreiben.

Bei Rückfragen:

BIG Partei | Telefon: (0 69) 15 32 28 49 | E-Mail: presse@bigpartei.de | www.bigpartei.de